



Ordnen und vernetzen für effiziente Abläufe

Derzeit beendet die DGUV die erste Phase bei der Vereinheitlichung der bisherigen Mitgliedsnummern. Als Zwischenschritt steht der Aufbau eines zentralen Unternehmensverzeichnisses kurz vor dem Abschluss. Das übergeordnete Ziel, die einheitliche Unternehmensnummer, ist ein neues Ordnungskennzeichen und bildet einen Meilenstein beim Ausbau der digitalen Mitgliederverwaltung der Unfallkassen und Berufsgenossenschaften.

Im Zuge der Umsetzung des „Siebten Gesetzes zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze“ vom 12. Juni 2020 arbeitet die gesetzliche Unfallversicherung an der Einführung einer einheitlichen Unternehmensnummer zum Jahresbeginn 2023. Diese wird die unterschiedlichen Nummernsysteme ablösen, nach denen die Unfallversicherungsträger bislang ihre Mitgliedsverzeichnisse führen.

Die bisherigen Mitgliedsnummern und die neue Unternehmensnummer dienen den Unfallkassen und Berufsgenossenschaften bei der Identifizierung von Unternehmerinnen und Unternehmern sowie deren Unternehmen. Sie sind zum Beispiel in Beitragsangelegenheiten oder zur Zuordnung der Entgeltnachweise notwendig. Im Rahmen der Umstellung auf eine einheitliche Unternehmensnummer wird derzeit ein zentrales Unternehmensverzeichnis erstellt.



„Das zentrale Unternehmensverzeichnis vereinheitlicht die bisherigen Mitgliedsnummernsysteme“, sagt Dr. Stefan Hussy, Hauptgeschäftsführer der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung und ergänzt „Es ist die Grundlage für ein neues Ordnungskennzeichen. Dieses wird auch die Digitalisierung der gesetzlichen Unfallversicherung voranbringen.“

Mit der Unternehmensnummer können schließlich die Daten von Unternehmerinnen und Unternehmern sowie deren Betriebe sukzessive mit weiteren Nummernkreisen innerhalb und außerhalb der gesetzlichen Unfallversicherung verbunden werden. Das vereinfacht und beschleunigt perspektiv auch die Kommunikation der Betriebe mit dem jeweiligen Unfallversicherungsträger. Damit tritt die gesetzliche Unfallversicherung in der Kommunikation mit den versicherten Betrieben künftig geschlossen auf.

Die neue einheitliche Nummer macht die Zuordnung der Unternehmen zu den Unfallversicherungsträgern transparenter.

Sie bildet damit ein trägerübergreifend eindeutiges Identifikationsmerkmal für Unternehmerinnen, Unternehmer und deren Betriebe.

Darüber hinaus schafft die gesetzliche Unfallversicherung damit ein Ordnungskennzeichen, das auch für andere Sozialversicherungszweige nutzbar sein wird. Insbesondere kann es künftig die Kommunikation innerhalb der Sozialversicherung erheblich erleichtern. Nach der angestrebten Verknüpfung mit den Betriebsnummern der Bundesagentur für Arbeit kann die Unternehmensnummer perspektivisch von der gesamten Sozialversicherung als einheitlicher Ordnungsbegriff genutzt werden.

Eine wichtige Etappe ist bald erreicht: Im Frühjahr 2021 soll der Aufbau eines zentralen Unternehmensverzeichnisses abgeschlossen sein. Parallel dazu ist bereits die zweite Projektphase angelaufen. Sie dient der Konsolidierung des Verzeichnisses und stellt den letzten Schritt zur Verwirklichung der einheitlichen Unternehmensnummer dar.



Im Interview mit Michael Sauer

„Professionell und unbürokratisch reagieren – unabhängig von Zuständigkeiten“

Liebe Leserinnen und Leser,

auch wenn die Pandemie all unsere Aufmerksamkeit beansprucht, sollten wir andere Ereignisse nicht aus den Augen verlieren. So ereignete sich im Februar 2020 der entsetzliche Anschlag in Hanau, bei dem mehrere Menschen gewaltsam zu Tode kamen. Ein Vorgang, der bundesweit die Menschen erschüttert und bewegt hat.

Bei solchen Ereignissen steht für die gesetzliche Unfallversicherung an erster Stelle die Hilfe für die Opfer, die zum Zeitpunkt des Anschlags beruflich oder ehrenamtlich vor Ort waren. Betroffene sollen die Hilfe bekommen, die ihnen zusteht und die sie brauchen – eine der Lehren aus den Ereignissen am Berliner Breitscheidplatz im Dezember 2016. Diese Hilfe muss so rasch wie möglich, unbürokratisch sowie unabhängig von Zuständigkeiten erfolgen. Dafür hat die gesetzliche Unfallversicherung eine zentrale Ansprechstelle für Großschadensereignisse eingerichtet sowie ein Standardverfahren erarbeitet. Dieses wurde auch in Hanau eingesetzt. Lesen Sie im nebenstehenden Interview, wie die Unfallkasse Hessen als koordinierende Stelle den Betroffenen des Anschlags geholfen hat. Und es bis heute tut. Michael Sauer, Geschäftsführer der Unfallkasse Hessen, spricht auch darüber, wie Krisenmanagement bei solch unvorhergesehenen Katastrophen wirkungsvoll funktionieren kann: vorbereitet sein, konzentriert handeln, aufklären und informieren sowie Netzwerke schaffen und nutzen.

Gutes Krisenmanagement braucht also gut funktionierende Kooperationen. Bei der Bewältigung einer Krise müssen alle an einem Strang ziehen und ein gemeinsames Ziel vor Augen haben – auch in Zeiten der Pandemie das richtige Vorgehen.

Ihr
Dr. Stefan Hussy
Hauptgeschäftsführer
der DGUV

Im Februar dieses Jahres jähren sich die Ereignisse von Hanau und Volkmarsen. Ein Mann hat in Hanau neun Menschen erschossen, in Volkmarsen wurde ein Fahrzeug in einen Rosenmontagszug gelenkt – mehr als 100 Menschen wurden verletzt. Bei Ereignissen dieser Art ist auch die gesetzliche Unfallversicherung in die Betreuung und Versorgung von Betroffenen eingebunden. Die Unfallkasse Hessen (UKH) hat in diesen beiden Fällen die Koordinierung für die gesetzliche Unfallversicherung und zum Teil für weitere beteiligte Institutionen übernommen. Bis heute werden Betroffene betreut und unterstützt. DGUV Kompakt sprach mit Michael Sauer, Geschäftsführer der Unfallkasse Hessen.

Herr Sauer, vor einem Jahr ereigneten sich in Hanau und Volkmarsen zwei Anschläge. Sie sprechen von Großschadensereignissen – was ist darunter zu verstehen?

Der Begriff „Großschadensereignis“ klingt erst einmal sehr technisch, dabei ist so ein Ereignis mit viel Leid für die Familien verbunden und betrifft auch das berufliche Umfeld. Es braucht aber Definitionen und Begriffe, um Prozesse zu beschreiben. So finden laut Definition Großschadensereignisse außerhalb einer Betriebsstätte im öffentlichen Raum statt, wie beispielsweise ein Flugzeugabsturz, Terroranschlag oder Amoklauf. Es ist absehbar, dass mit einer größeren Anzahl an Verletzten oder Geschädigten zu rechnen ist. Und es sind mindestens zwei Unfallversicherungsträger – also Berufsgenossenschaften oder Unfallkassen – betroffen. Treten diese drei Umstände ein, wird das DGUV-Standardverfahren zur Koordination des Ereignisses eingeleitet – mit zentraler Ansprechstelle auf Seiten der DGUV und koordinierender Stelle auf Länderebene.

Warum ist eine zentrale Koordinierung der Hilfsmaßnahmen notwendig?

Großschadenslagen sind für alle öffentlichen Akteure eine besondere Herausforderung. Staatliche Stellen und Hilfsorganisationen müssen in solchen Situationen zeigen, dass sie handlungsfähig sind. Für Berufsgenossenschaften und Unfallkassen bedeutet das: unabhängig von Zuständigkeiten unbürokratisch und professionell zu agieren. Es gilt, schnell wirksame Hilfe zu organisieren und nach außen hin mit einer Stimme zu sprechen. In extremen Situationen müssen wir sicherstellen, dass Kompetenzen gebündelt und Aktivitäten in Kommunikation, Rehabilitation und Prävention abgestimmt werden. Die gesetzliche Unfallversicherung hat Lehren aus vergangenen Ereignissen gezogen, zum Beispiel aus dem Anschlag am Berliner Breitscheidplatz im Dezember 2016. Ein Projekt zur besseren Koordinierung wurde angestoßen und 2019 abgeschlossen. Bei der DGUV gibt es nun die zentrale Ansprechstelle. Sie bündelt Informationen von staatlichen Stellen und Unfallversicherungsträgern und prüft die Einleitung des Verfahrens. Die Koordination auf Länderebene übernehmen die Unfallkassen für alle beteiligten Unfallversicherungsträger.



Wir konnten bei der Koordination der Maßnahmen sofort auf unser funktionierendes hessisches Krisennetzwerk zurückgreifen, das wir bereits in der Vergangenheit aufgebaut hatten.

Wie hat die UKH beim Anschlag in Hanau reagiert?

Die zentrale Ansprechstelle der DGUV initiierte das Standardverfahren; die Unfallkasse Hessen wurde als koordinierende Stelle benannt. Es bestehen langjährige



Foto: s-motive/stockadobe.com

Kooperationen mit den unterschiedlichsten Organisationen: dazu gehören Ministerien, Rettungsdienste, der Arbeitskreis Psychosoziale Notfallversorgung der Stadt Frankfurt und das Schulische Kriseninterventionsteam des Hessischen Kultusministeriums. Wir haben glücklicherweise auch einen guten Draht zum Opferschutzbeauftragten der Bundesregierung, Prof. Dr. Edgar Franke. Unser internes Krisenteam ist bestens auf solche Fälle vorbereitet und konnte sofort mit der Arbeit beginnen.

Wie haben Betroffene von der Hilfe der gesetzlichen Unfallversicherung erfahren?

In unserem Auftrag verteilten die Hilfsorganisationen vor Ort Informationsmaterial, zum Beispiel zum Unfallschutz für Ersthelfende, zu Versicherungsschutz und Leistungen der gesetzlichen Unfallversicherung sowie die Broschüre „Traumabewältigung bei Erwachsenen“. Beschäftigte der Unfallkasse waren auch am „Runden Tisch“ vertreten. Außerdem wurde sofort die Dark-Site auf der Website der Unfallkasse geschaltet – mit direkter Kontaktmöglichkeit für Betroffene und mit Infos zu Versicherungsschutz und Leistungsumfang. Wir haben die Notfallnummer des Opferschutzbeauftragten des Bundes veröffentlicht und die Kanäle und Reichweiten der Sozialen Medien für diese Informationen stark genutzt.

In Volkmarsen gab es über 100 Verletzte. Wie konnten Sie konkret helfen?

43 Personen hatten sich gemeldet: Ersthelfende, Mitglieder von Hilfeleistungsunternehmen sowie Zeugen und Zeuginnen des Anschlags. Die UKH sorgte schwerpunktmäßig für individuelle, psychologische Betreuung, allgemeine Beratung und psychologische

Erstversorgung. Sie organisierte außerdem Gruppengespräche zur Krisenintervention. Einige Menschen betreuen wir heute noch und wir rechnen mit weiteren Meldungen.

Kommen die Hilfsangebote bei den Betroffenen an?

Ja, die Hilfe kommt direkt und wirksam an. Sie wird dankbar an- und wahrgenommen. Die Rückmeldungen sind durchweg positiv. Die Auswertung und der Austausch zu den Ereignissen haben im November 2020 im Rahmen der Konferenz der koordinierenden Stellen stattgefunden. Wir haben dort unsere Abschlussberichte vorgestellt.

Wie ist die gesetzliche Unfallversicherung aus Ihrer Sicht aufgestellt?

Wenn es uns gelingt, unsere Kompetenzen zu bündeln, unsere Aktivitäten in Kommunikation, Rehabilitation und Prävention zu harmonisieren und mit unserem Know-how Menschen – auch außerhalb unseres Systems – zu helfen, dann haben wir alle die große Chance, unsere Reputation als verlässliche Akteure im System der sozialen Sicherheit in Deutschland zu festigen und zu erhöhen. Die Unfallkasse Hessen hat mit ihrer Koordination jedenfalls dazu beigetragen.



Michael Sauer, Geschäftsführer der Unfallkasse Hessen

Europäische Säule sozialer Rechte

Anfang des Jahres stellt die EU-Kommission den Aktionsplan zur Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte (ESSR) vor. Diese soll Chancengleichheit und den Zugang zum Arbeitsmarkt verbessern, faire Arbeitsbedingungen schaffen sowie den Sozialschutz und die soziale Inklusion verbessern. Die Spitzenorganisationen der deutschen Sozialversicherung, darunter die DGVU, haben sich mit einer Stellungnahme an der öffentlichen Konsultation beteiligt.

Die Digitalisierung der Wirtschaft, aber auch die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie zeigen, wie gefährdet viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, insbesondere in atypischen Arbeitsverhältnissen, hinsichtlich ihrer sozialen Sicherung sind. Die ESSR soll die soziale Dimension Europas stärken und dazu beitragen, die fortschreitende Digitalisierung und den Wandel zur Klimaneutralität sozialverträglich und gerecht zu gestalten.

Daher begrüßen die Spitzenorganisationen der deutschen Sozialversicherung den Aktionsplan, appellieren jedoch bestimmte Bereiche besonders zu berücksichtigen. Sie fordern die Europäische Kommission auf, das Thema Prävention am Arbeitsplatz zu fördern und die Vorteile einer effektiven Prävention, auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten, stärker hervorzuheben. Ziel muss im Sinne der „Vision Zero“ die Vermeidung tödlicher und schwerer Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten sein. Nicht zeitgemäße Arbeitsschutzrichtlinien sollen überarbeitet werden. Zudem soll das Thema Prävention von Krebs am Arbeitsplatz im Rahmen des künftigen europäischen Plans zur Krebsbekämpfung stärker fokussiert werden. Plattformarbeitende und Solo-Selbstständige sollten einen leichteren Zugang zum Sozialschutz erhalten. Ebenso gilt es, Menschen mit Behinderungen in alle Maßnahmen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie besser einzubeziehen. Zudem begrüßen die Sozialversicherungen Maßnahmen, die eine Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben fördern, die Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt verbessern und damit das geschlechtsspezifische Lohngefälle verringern.

➔ www.dsv-europa.de > Positionspapiere > Arbeit und Soziales

Neue Stiftungsprofessur



Foto: UMG /Janke

Anke Steinmetz ist neue Stiftungsprofessorin für Physikalische und Rehabilitative Medizin.

Anke Steinmetz ist neue Professorin für Physikalische und Rehabilitative Medizin der Unimedizin Greifswald. Sie hat eine von der DGUV neu eingerichtete Stiftungsprofessur inne und arbeitet in der Klinik und Poliklinik für Unfall-, Wiederherstellungschirurgie und Rehabilitative Medizin.

Die Fachärztin für Physikalische und Rehabilitative Medizin wird diesen Bereich an der Unimedizin stärken, zumal es bundesweit nur zwei weitere Professuren in diesem Feld gibt. Das Fachgebiet umfasst neben der Rehabilitation die Diagnostik und Behand-

lung von Struktur- und Funktionsstörungen insbesondere des Bewegungssystems. Ziel ist es, die Gesundheit von Patienten und Patientinnen mit hochkomplexen Problemen wirklich wiederherzustellen. Daher finanziert die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e. V. (DGUV) diese Stiftungsprofessur. Sie ist nach dem Rehabilitationsmediziner Kurt-Alphons Jochheim benannt, der als Begründer der integrierten medizinisch-beruflich-sozialen Rehabilitation gilt.

➔ www.medicin.uni-greifswald.de

DGUV und China kooperieren im Bereich der Arbeitsunfallstatistik

Seit Jahresbeginn arbeitet die DGUV mit China an einem Projekt im Bereich der Arbeitsunfallstatistik. Ziel ist es, Verfahren zur Erhebung und Auswertung von Daten über Arbeitsunfälle und arbeitsbedingte Gesundheitsgefahren in China zu entwickeln. Die gewonnenen Daten sollen ein Benchmarking im Bereich Sicherheit und Gesundheit ermöglichen und dann als Grundlage für sozialpolitische Entscheidungen in China dienen. Das EU-finanzierte Projekt ist im Rahmen der EU-China Cooperation on Employment, Social Affairs and Inclusion

entstanden und soll die Zusammenarbeit der Europäischen Union mit China auf dem Gebiet Arbeit und Soziales erweitern. Die Projektdauer beträgt 2,5 Jahre. Zum einen gewinnt die DGUV Erkenntnisse im Bereich Arbeitsunfall- und Berufskrankheitenstatistik im Hinblick auf die Methodik der Erhebung, sowie Analyse, Vergleichbarkeit und Verschlüsselung relevanter Daten. Zum anderen trägt es zu einheitlichen Sozialstandards auf europäischer Ebene und weltweit bei.

➔ www.dguv.de > Internationales

Zahl des Monats

4,9 Mrd. €

... wurden 2019 von den Unfallversicherungsträgern für die Heilbehandlung der Versicherten aufgewendet.

www.dguv.de >
Webcode: p021547

Inklusionspreis für die Wirtschaft 2021

Potenziale von Menschen mit Behinderungen sichtbar machen – das ist das Ziel des Inklusionspreises für die Wirtschaft. Gesucht werden beispielhafte Projekte zur Einstellung und Ausbildung von Menschen mit Be-

hinderungen, zur Weiterbeschäftigung von leistungsgewandelten Mitarbeitenden oder zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit.

Der Preis wurde initiiert von der Bundesagentur für Arbeit, der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, der Charta der Vielfalt sowie vom UnternehmensForum. Schirmherr des Inklusionspreises für die Wirtschaft 2021 ist der Bundesminister für Arbeit und Soziales, Hubertus Heil.

Die DGUV unterstützt den Inklusionspreis. Um Menschen nach einem Arbeitsunfall oder Berufskrankheit wieder zurück in den Beruf zu bringen, braucht es Unternehmen, die Perspektiven geben, Barrieren überwinden und Potenziale erkennen. Unternehmen können sich bis zum 31. März 2021 bewerben. Die Preisverleihung findet Anfang November statt.

➔ www.inklusionspreis.de



Impressum

Herausgegeben von: Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV), Dr. Stefan Hussy (Hauptgeschäftsführer). Die DGUV ist der Spitzenverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften und der Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand.

Herausgeberbeirat: Dr. Renate Colella (Vorsitz), Udo Diel, Dominique Dressler, Prof. Dr. med. Axel Ekkernkamp, Markus Hofmann, Gabriele Pappai, Dr. Udo Schöpf, Karl-Sebastian Schulte

Chefredaktion: Gregor Doepke, Kathrin Baltscheit, DGUV, Glinkastraße 40, 10117 Berlin

Redaktion: Kathrin Baltscheit, Diana Grupp, Katharina Braun, Anne Schattmann, Katrin Wildt

Grafik: Atelier Hauer & Dörfler GmbH, www.hauer-doerfler.de

Verlag: Quadriga Media Berlin GmbH, Werderscher Markt 13, 10117 Berlin

Druck: DCM Druckcenter Meckenheim

Kontakt zur Redaktion: kompakt@dguv.de

Bildquellen Porträts: Seite 2 – Jan Röhl/DGUV, Seite 3 – UK Hessen